



Jan Brenz

Das Polizeirecht als ein durch den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz bestimmtes System von Abwägungsentscheidungen

Tübinger Schriften zum Staats- und Verwaltungsrecht, Band 100

142 Seiten, 2018

Print: <978-3-428-15273-5> € 59,90

E-Book: <978-3-428-55273-3> € 53,90

Print & E-Book: <978-3-428-15273-4> € 71,90

Es fällt auf, dass sich im Polizeirecht viele unbestimmte Rechtsbegriffe und »Regeln« finden, obwohl es zu grundrechtseingreifenden Maßnahmen ermächtigt, die durch das Gesetz an sich hinreichend vorgezeichnet sein müssen. Der Autor vertritt die These, dass sich der Inhalt mancher Facetten des unbestimmten Rechtsbegriffs der Gefahr allein aus ihrem normativen Kontext erschließen lässt. Im Übrigen nimmt er an, dass die Prüfung der Rechtmäßigkeit einer polizeilichen Maßnahme und die Ausfüllung aller damit verbundenen Wertungsspielräume durch den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz geprägt sind. Der Autor zeigt, dass der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht nur die Ermessensausübung durch die Polizei determiniert, sondern dass die rechtlichen Anforderungen an polizeiliche Maßnahmen insgesamt auf einem durch den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz bestimmten System von Abwägungsentscheidungen beruhen.

Inhalt

- 1. Einleitung:** Einführung — Untersuchungsgegenstand und These — Gang der Untersuchung
- 2. Normativ erklärbare Begrifflichkeiten:** Abstrakte und konkrete Gefahr — Anscheins- und Putativgefahr — Bedeutung der vorgenommenen Begriffsbildungen für die Anwendung von Verhältnismäßigkeitskriterien
- 3. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im Polizeirecht aus historischer Perspektive:** Anknüpfungspunkte für die Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Allgemeinen Preußischen Landrecht — Anknüpfungspunkte für die Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Preußischen Polizeiverwaltungsgesetz — Zusammenfassung
- 4. Begriff und Inhalte des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes:** Verfassungsrechtliche und einfachgesetzliche Vorgaben — Inhalt des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes — Zusammenfassung
- 5. Die Vorgaben des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes auf den verschiedenen Ebenen der Anforderungen an eine rechtmäßige polizeiliche Maßnahme:** Ebene der Bestimmung der Rechtsfolgen — Ebene der Qualifikation einer Person als Störer — Ebene des Tatbestandes

Ergebnis: Entbehrlichkeit der üblicherweise verwendeten Begrifflichkeiten und Fallgruppen — Das Polizeirecht als ein durch den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz bestimmtes System von Abwägungsentscheidungen

Literatur- und Sachverzeichnis

Bestellungen können an jede Buchhandlung oder direkt an den Verlag gerichtet werden.

Nutzung und Download von E-Books erfolgen über unsere eLibrary.

Tel.: 030/790006-0 · werbung@duncker-humblot.de · verkauf@duncker-humblot.de

www.duncker-humblot.de